



Antrag

Vorlage: AT/0101/2019		Datum: 12.09.2019	
Verfasser:	08-Ratsfraktion Die Linke	Az.:	
Betreff:			
Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen: LINKE, GRÜNE und SPD: Evaluation Leerstand und Satzung zum Schutz von Wohnraum			
Gremienweg:			
Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.	<input type="checkbox"/> ohne BE
	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt
	<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert
TOP	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	öffentlich		

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen, die Verwaltung wird aufgefordert,

- a) das Ausmaß des Immobilienleerstandes zu ermitteln und eine Evaluation für die Ursachen für Leerstand von Immobilien auf den Weg zu bringen.
- b) sobald das Land eine Ermächtigungsgrundlage für den Erlass einer Satzung zum Schutz von Wohnraum geschaffen hat soll die Stadt Koblenz einen entsprechenden Satzungsentwurf ausarbeiten.

Begründung:

Bezahlbarer Wohnraum in Koblenz ist knapp. Wohnen ist ein Menschenrecht und Wohnraum muss bezahlbar sein. Vor allem muss Wohnraum seinem Zweck gemäß genutzt werden. Mit Hilfe einer Satzung zum Wohnraumschutz kann dies wirksam umgesetzt werden. Wenn leerstehender Wohnraum wieder seinem eigentlichen Zweck zugeführt wird, kann dies auch einen positiven Effekt auf die Mietpreise in Koblenz haben.